

# Schlüsselthemen der Sozialpolitik

## Die Sicht von Stakeholdern und ihre Berücksichtigung in der Sozialplanung

Veronica Moscon <sup>A\*</sup>  · Ines Simbrig <sup>A</sup>  · Josef Bernhart <sup>A</sup>  · Peter Decarli <sup>A</sup>  · Kurt Promberger <sup>A, B</sup> 

### Zusammenfassung

Im Rahmen der Erarbeitung des kürzlich erschienenen Landessozialplans 2030 der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol (Italien) wurden gemäß eines partizipativen Ansatzes in der Sozialpolitik fünf Onlinebefragungen zu unterschiedlichen Schwerpunktbereichen bzw. mit verschiedenen Zielgruppen durchgeführt. Ausgehend von den offenen Antworten von Fach- und Führungskräften im Sozialbereich, Freiwilligen, Betroffenen und deren Angehörigen wurden vier übergreifende Schlüsselthemen für die Sozialpolitik identifiziert: Wohnen, Fachkräfte und Ausbildung, Netzwerk- und Zusammenarbeit sowie Dritter Sektor.

Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, die von den Befragten vorgeschlagenen Maßnahmen mit den geplanten Maßnahmen der Autonomen Provinz Bozen zu vergleichen, um die Auswirkungen einer partizipativen Stakeholdereinbeziehung in die tatsächliche lokale strategische Sozialplanung zu bestimmen. Mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse wurden die Herausforderungen und Lösungsansätze innerhalb der Schlüsselthemen aus Sicht der Stakeholder identifiziert und dann zu den im Landessozialplan 2030 genannten Maßnahmen in Beziehung gesetzt.

Die Ergebnisse zeigen, dass die von den Befragten vorgeschlagenen Maßnahmen in der strategischen Sozialplanung zum größten Teil berücksichtigt wurden. Als übergreifende Handlungsmaximen können die Berücksichtigung des individuellen Wohlbefindens und der Bedürfnisse des / der Einzelnen sowie die flexible Anpassung der Dienstleistungen bei Bedarf genannt werden. Was die Gestaltung und Erbringung der Dienstleistungen betrifft, so sind vor allem die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen, Aufwertung und Wertschätzung aller Stakeholder und ihr verstärkter Einbezug in Netzwerke und Zusammenarbeit zentrale Forderungen bzw. strategische Vorhaben. Insgesamt folgt die aktuelle Sozialplanung Südtirols also im Großen und Ganzen den Forderungen und Anregungen, die sich durch den partizipativen Ansatz ergaben. Die Umsetzung in ein ebenso partizipatives Sozialmanagement ist nun in den nächsten Jahren konsequent zu gewährleisten.

**Schlüsselworte:** Qualitative Inhaltsanalyse · Integrierte Sozialplanung · Sozialpolitik · Sozialmanagement · Wohnen · Fachkräfte · Netzwerke · Dritter Sektor · Unternehmenskultur

---

<sup>A</sup> Eurac Research, Institut für Public Management

<sup>B</sup> Universität Innsbruck, Institut für Strategisches Management, Marketing und Tourismus

\* Korrespondenz: [veronica.moscon@eurac.edu](mailto:veronica.moscon@eurac.edu)

## 1 Einleitung

Sozialpolitik zielt darauf ab, „die Lebenssituation ausgewählter Bevölkerungsgruppen zu verbessern [und] Menschen gegen Risiken – wie Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit, Verarmung – zu schützen“ (Taschewski, 2004, 3) und somit zur Zufriedenheit aller Bürger\*innen und der Gesellschaft als Ganzes beizutragen (Glatzer, 2007). Sozialplanung wird zunehmend als wirksames Instrument erkannt, um unerwünschte Folgen gesellschaftlicher, sozioökonomischer und technologischer Entwicklungen zu mildern oder präventiv zu verhindern (Nutz et al., 2019). Der 2019 gestartete Erneuerungsprozess des Sozialwesens in Südtirol führte 2023 zur Veröffentlichung des Landessozialplans 2030. Dabei wurde der Ansatz einer integrierten Sozialplanung verfolgt, der durch eine gemeinsame strategische Gestaltung sozialpolitischer Maßnahmen darauf abzielt, alle Bereiche der „Verwaltung sowie Politik, Wohlfahrt und Zivilgesellschaft in den Entscheidungs- und Handlungsprozess mit ein[z]u beziehen und einen aktiven, langfristigen und vorausschauenden Ansatz [zu] verfolgen“ (Bartling et al., 2019, 5). Verschiedene übergreifende Themen haben für die Nutzer\*innen von Angeboten des Sozialwesens eine große Bedeutung, die sich in naher Zukunft noch verstärkt zeigen wird. Zum einen spielt die Wohnungsfrage in der aktuellen öffentlichen Debatte und bei der Planung sozialpolitischer Maßnahmen eine wichtige Rolle: in Italien wird sie daher im Nationalen Plan für Wiederaufbau und Resilienz (Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza – PNRR) durch eine Investitionslinie hervorgehoben, die darauf abzielt, angemessene Bedingungen für alle sozialen Gruppen zu schaffen, die aus wirtschaftlichen, gesundheitlichen oder sozialen Gründen in einer schwierigen Wohnsituation leben (Governo Italiano Presidenza del Consiglio dei Ministri, 2021). In diesem Sinne ist das primäre Ziel derzeitiger Maßnahmen die langfristige Planung einer Wohnungspolitik, die Zusammenarbeit und Kooperation auf verschiedenen Ebenen fördert – auf formeller Ebene zwischen dem öffentlichen, privaten und Dritten Sektor und auf informeller Ebene in der Bevölkerung.

Des Weiteren macht sich sowohl auf staatlicher als auch lokaler Ebene in Italien, wie in allen Ländern der Europäischen Union, ein Arbeits- und Fachkräftemangel bemerkbar, der schon jetzt in allen Sektoren des Sozial- und Gesundheitswesens, vor allem aber in der Kranken- und Altenpflege (Schneiders & Schönauer, 2022), zu tiefgreifenden Herausforderungen führt. In Studien zur Arbeitswelt werden hierzu unter anderem die Ansprüche der sogenannten Millennials und der Generation Z diskutiert, die sich stärker als bisherige Arbeitnehmende auf eine größere Berücksichtigung der Work-Life-Balance sowie ein den Kompetenzen entsprechendes Gehalt beziehen. Ihre Erwartungen führen zusammen mit der starken Bevölkerungsalterung zur „Notwendigkeit die ganze Problematik des Fachkräftemangels zu verstehen, um entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen“ (Biernoth, 2016, 13).

Ein drittes wichtiges Thema, sowohl für die lokale als auch die gesamtstaatliche Sozialpolitik, ist in einer von Individualismus geprägten Zeit die Betonung des Subsidiaritätsprinzips sowie das Zusammenwirken von formellen und informellen sozialen Netzwerken (Autonome Provinz Bozen, 2023). Die Schaffung von Begegnungsorten, Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen sind Kernmerkmale dieser Netzwerkphilosophie und daraus resultierender Kooperationsmodelle (Schubert, 2018). Für eine wirkungsvolle Kooperation, z.B. im Bereich der Altenpflege und der Pflegepolitik insgesamt, werden zum einen Netzwerkmanagement und geeignete Steuerungsinstrumente und zum anderen fachspezifische Kompetenzen sowie „persönliche Fähigkeiten der Kommunikation, Partizipation und des Konfliktmanagements“ (Stocker, 2019, 331) benötigt. So können Netzwerke nicht nur zum Informationsaustausch, sondern auch „als Innovationsmotoren“ (Stocker, 2019, 334) dienen.

In den letzten Jahrzehnten haben sich vermehrt auch neue Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements wie Bürgerinitiativen und Vereine entwickelt, was dazu geführt hat, neben öffentlichen Verwaltungen und privaten Unternehmen einen weiteren eigenständigen Bereich zu benennen – den Dritten Sektor. Diese Bezeichnung bezieht sich „auf den wirtschaftlich relevanten und organisierten Teil der Zivilgesellschaft“ (Rosenski, 2012, 210), d.h. gemeinnützige Organisationen wie beispielsweise Wohlfahrtsverbände, Interessenvertretungen, Vereine oder politische Parteien. Solche Organisationen weisen fünf Hauptmerkmale auf: sie müssen formell, privat, selbstverwaltet, ohne Gewinnausschüttung und auf der Grundlage von ehrenamtlicher Tätigkeit organisiert sein (Priemer et al., 2015). Diese Art des gesellschaftlichen Engagements wird zusammen mit informeller Freiwilligenarbeit als „Fundament einer lebendigen Demokratie angesehen“ (Evers, 2009, 1).

So wie Politik und Gesellschaft diesen neuen Anforderungen entsprechen und diesbezügliche Strategien und Maßnahmen umsetzen sollen, braucht auch die Forschung im Sozialbereich einen grundlegenden Paradigmenwechsel (Morici, 2020). Sozialpolitische Forschung muss sich in konkrete Situationen hineinversetzen, Ausbildung und Austausch ermöglichen und den Wandel fördern. Wissenschaftler\*innen, die ebenfalls Teil einer partizipatorischen Mehrebenenlogik sind, sollten mit allen beteiligten Interessensgruppen gemeinsam Methoden und Prozesse entwickeln, die in Forschungsprojekten erarbeitete Maßnahmen weiterverfolgen (Morici, 2020). So könnte beispielsweise die Aktionsforschung ein neues und innovatives Vorgehen für die Sozialpolitik sein, in der „Subjekt und Objekt der Forschung nicht – wie in der traditionellen, empirischen Sozialforschung – konzeptionell voneinander abgegrenzt werden“ (Spiess, 1994, 1) und Praxis und Wissenschaft als gemeinsames Handeln gesehen werden. Partizipative Forschungsansätze zielen daher darauf ab, durch die Beteiligung von gesellschaftlichen Akteuren an Forschungstätigkeiten die gesellschaftliche Teilhabe zu erhöhen (von Unger, 2014). Da diese Form berücksichtigt, dass die Partizipation allen Stakeholdern nutzt, kann sie sowohl für die Praxis als auch für die Wissenschaft vorteilhaft sein: auf der einen Seite kann das gemeinsam generierte Wissen praktische Effekte auf Leben und Arbeit in der Gesellschaft entfalten und auf der anderen Seite kann auch die Forschung durch die sozial-gesellschaftliche Praxiswirkung gewinnen (von Unger, 2014).

Im Sinne der partizipativen Stakeholdereinbeziehung in der Sozialplanung wurden vom Institut für Public Management der Eurac Research zusammen mit einer Steuerungsgruppe der Autonomen Provinz Bozen verschiedene Aktivitäten zur partizipativen Schaffung von Wissen (vor allem in Form von Befragungen und Workshops) durchgeführt. Im Rahmen eines Wissenszyklus‘ (Graham et al., 2006) wurden die Erkenntnisse und verschiedenen Wissensprodukte bei einer lokalen Veranstaltung im August 2023 für Fachkräfte und Interessierte aufbereitet. Sie wurden genutzt, um das Bewusstsein aller Stakeholder zu schärfen und das Wissen konzeptionell und instrumentell im neuen Landessozialplan 2030 zu verankern.

Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, die aus Sicht der Stakeholder genannten Herausforderungen sowie die vorgeschlagenen Maßnahmen zu den vier Schlüsselthemen Wohnen und Wohnformen, Fachkräfte und Ausbildung, Netzwerk- und Zusammenarbeit sowie Dritter Sektor näher zu beleuchten und sie mit den im Südtiroler Landessozialplan 2030 definierten Maßnahmen zu vergleichen und zu diskutieren. Das heißt, es soll bestimmt werden, inwieweit die partizipativ gewonnenen Vorschläge tatsächlich in der lokalen strategischen Sozialplanung berücksichtigt wurden. Mit Hilfe eines qualitativen Forschungsansatzes werden konkret die Auswirkungen der partizipativen Stakeholdereinbeziehung in die integrierte Sozialplanung der Autonomen Provinz Bozen untersucht.

## **2 Methodisches Vorgehen**

Im Rahmen der integrierten Sozialplanung für Südtirol wurden vom Institut für Public Management der Eurac Research seit 2019 eine Reihe von Forschungsaktivitäten durchgeführt und entsprechende wissenschaftliche Outputs erarbeitet. Das methodische Vorgehen wurde teilweise bereits in der Publikation „Perspektiven für die Sozialpolitik in Südtirol“ (Bernhart et al., 2023) beschrieben. Die wichtigsten Datenquellen werden hier zusammengefasst (Abbildung 1) und ergänzt um die Analysemethodik für den im Juli 2023 erschienenen Südtiroler Landessozialplan 2030 (Autonome Provinz Bozen, 2023).

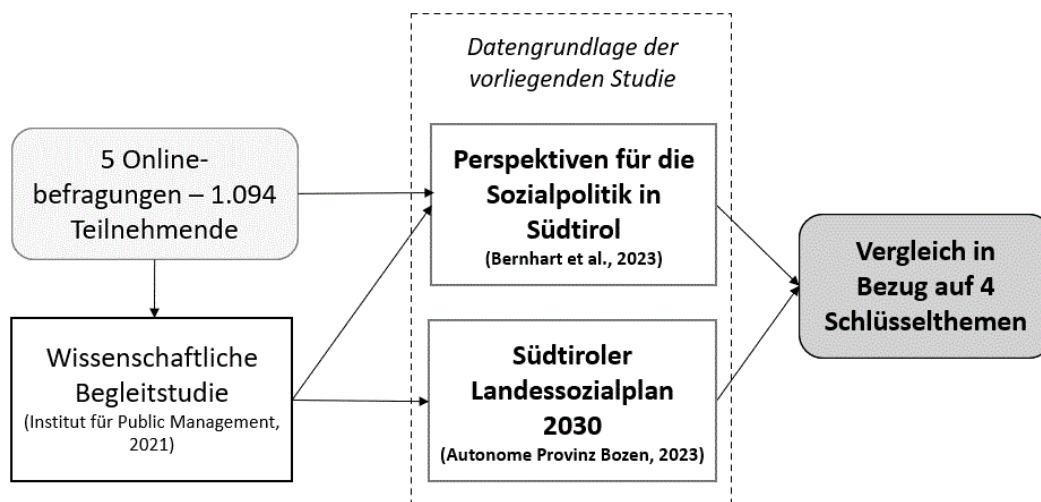


Abbildung 1: Datengrundlage

## 2.1 Datengrundlage

Für die Erarbeitung des Landessozialplans 2030 wurden neben Treffen und Workshops mit Expert\*innen und Vertreter\*innen des Sozialwesens fünf Onlinebefragungen zu den folgenden Bereichen durchgeführt: Senior\*innen und Pflege, Kinder- und Jugendschutz, Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Lagen, Dritter Sektor, Menschen mit Beeinträchtigungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen. Die Onlinefragebögen mit geschlossenen sowie offenen Fragen wurden zwischen 2019 und 2021 von 1.094 Stakeholdern des Südtiroler Sozialwesens ausgefüllt, um dessen zukünftige Ausrichtung mitzugestalten. Alle gewonnenen Erkenntnisse aus den geschlossenen Single- oder Multiple-Choice-Fragen, sowie überblicksmäßig aus den offenen Fragen, und Prognosen für die zukünftigen Anforderungen an das Sozialwesen wurden im Zeitraum von April 2019 bis August 2021 vom Institut für Public Management der Eurac Research in einer Begleitstudie zusammengeführt.

Im Sinne der Inklusion, d.h. der Einbeziehung aller betroffenen Personengruppen<sup>1</sup> im Rahmen einer integrierten Sozialplanung sollten die Anspruchsgruppen an der Mitgestaltung des Sozialwesens und der Sozialpolitik Südtirols beteiligt werden und die Möglichkeit erhalten, konkrete Vorschläge einzubringen. Daher wurden die Antworten auf die offenen Fragen der fünf Onlinebefragungen, die von 701 Personen zumindest teilweise gegeben wurden, qualitativ untersucht und so die aus Sicht der Befragten wichtigsten Herausforderungen aber auch mögliche Lösungsansätze detailliert dargestellt und mit aktuellen Praxisbeispielen und Forschungsergebnissen in Beziehung gesetzt.

Ausgehend von einer Recherche in der Forschungsliteratur, den Ergebnissen aus dem wissenschaftlichen Begleitbericht zum Landessozialplan 2030 und einer ersten Überblicksanalyse der Antworten der Onlinebefragungen wurden zunächst vier zielgruppenübergreifende Schlüsselthemen identifiziert, um die ein Großteil der Aussagen kreist:

- Wohnen und Wohnformen
- Fachkräfte und Ausbildung
- Netzwerk- und Zusammenarbeit
- Dritter Sektor

Diese bildeten eine erste Grobeinteilung für die detaillierte qualitative Inhaltsanalyse.

---

<sup>1</sup> <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/diversity-123254> (abgerufen am 06.02.2024)

## 2.2 Qualitative Inhaltsanalyse

Für die Untersuchung der Schlüsselthemen in den Antworten der Befragten und im Landessozialplan 2030 wurde die qualitative Inhaltsanalyse gewählt, die es erlaubt „die subjektive Interpretation des Inhalts von sowohl qualitativen als auch quantitativen Daten in einer systematischen und kontextabhängigen Weise“ (Selvi, 2020, 442) darzustellen. Um „Wissen, neue Einsichten und neue Darstellungen von Fakten sowie eine praktische Handlungsanleitung“ (Elo & Kyngäs, 2008, 108) zu generieren, wurde sowohl über induktive (d.h. datengetriebene) als auch deduktive (d.h. theoriegeleitete) Schritte eine mehrstufige und iterative Analyse durchgeführt. Sowohl die offenen Antworten der Onlinebefragungen als auch die relevanten Textstellen des Landessozialplans 2030 wurden mithilfe der *Computer Assisted Qualitative Data Analysis Software* (CAQDAS) (Kuckartz & Rädiker, 2019) MAXQDA (Version 2022) kategorisiert.

Was die Qualität der Datenanalyse betrifft, sind zwei Forderungen der qualitativen Inhaltsanalyse zu berücksichtigen: die Validierung der Ergebnisse und die Geltungsbegründung der Interpretationen (Flick, 2019). Daher erfolgte zum einen bei der Kategorisierung und nachfolgenden Interpretation eine Ergebnisvalidierung zwischen den Autor\*innen der vorliegenden Untersuchung durch eine dialoggesteuerte Evaluation (Beywl, 2009). Zum anderen trug die Transparenz der Vorgehensweise durch die in MAXQDA automatisch erstellte Mitdokumentierung der Datenanalyse zur Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen und damit zur Geltungsbegründung bei (Flick, 2019).

### 2.2.1 Qualitative Untersuchung der Onlinebefragungen

Zunächst wurden die Befragungsdaten für die Kodierung und nachfolgende Interpretation vorbereitet: Ähnliche Phänomene wurden über einen Prozess des offenen Kodierens zu abstrakten übergeordneten Konzepten zusammengefasst, der sich „auf das Benennen und Kategorisieren der Phänomene mittels einer eingehenden Untersuchung der Daten bezieht“ (Strauss & Corbin, 1996, 44). Dabei wurden die beiden Ansätze nach Mayring (2022) angewendet: bei jedem Datensatz wurden zunächst induktiv erste vorläufige Dimensionen innerhalb der vier Schlüsselthemen entwickelt, die als Grundlage für die Analyse der nachfolgenden Daten (deduktives Vorgehen) dienten. Im Verlauf dieser Kodierungsprozesse wurden die vorläufigen Dimensionen überarbeitet, reduziert oder ausdifferenziert, was zu einer unterschiedlichen Anzahl von spezifischen Dimensionen pro Schlüsselthema führte.

Die kodierten Antworten oder Antwortteile wurden aufgrund der Art der gestellten Fragen zusätzlich zu den Dimensionen auch sogenannten Handlungsoptionen zugeordnet. Der Begriff Handlungsoption resultiert aus dem wissenschaftlichen Begleitbericht zur Erarbeitung des Landessozialplans 2030 und bezieht sich auf die verschiedenen strategischen und operativen Maßnahmen, die den politischen Entscheidungsträger\*innen des Südtiroler Sozialwesens zur Verfügung stehen.

Die folgende Grafik (Abbildung 2) veranschaulicht die resultierende Matrix, die das Kategoriensystem widerspiegelt, als „eigentliche[s] Instrumentarium der Analyse, mit dem das Material bearbeitet [wird] und [das] nur die Textstellen berücksichtigt, die sich auf die Kategorien beziehen“ (Mayring & Fenzl, 2015, 544). Dieses System ermöglichte es, die Kodierungen für jede Dimension (z.B. „Wohngemeinschaften“ beim Thema Wohnen) pro Handlungsoption (z.B. „eine Reduzierung der Wohnform“) qualitativ zu untersuchen.

### 2.2.2 Qualitative Untersuchung des Landessozialplans 2030

Der Analysefokus in Bezug auf den Südtiroler Landessozialplan 2030 wurde auf sechs Kapitel gelegt – fünf davon spiegeln die fünf Themen der Onlinebefragungen wider, ein Kapitel beschreibt bereichsübergreifende Strategien und Maßnahmen. Zunächst wurden die beschriebenen notwendigen Strategien und Maßnahmen den vier Schlüsselthemen zugeordnet (Mayring, 2022) und dann im Verlauf eines offenen Kodierungsprozesses überarbeitet und ausdifferenziert. Da es Ziel der vorliegenden qualitativen Analyse ist, „die Sachverhalte anhand einer dritten Größe auf ihre Unterschiede oder Ähnlichkeiten hin zu beobachten“ (Heintz, 2016, 307), wurden die Textstellen des Landessozialplans denselben Dimensionen innerhalb der Schlüsselthemen zugeordnet, sodass „eine minimale Gleichartigkeit“ (Heintz, 2021, 10) zu den Analysen der Onlinebefragungen gewährleistet wurde. Jede kodierte Textstelle wurde außerdem einer Handlungsoption zugeordnet – das resultierende Kategoriensystem (Abbildung 2) erlaubt es, die kodierten Antworten aus den Onlinebefragungen (vorgeschlagene Maßnahmen) mit dem

Text des Landessozialplans (geplante Maßnahmen) zu vergleichen. Die vorgeschlagenen bzw. die tatsächlich geplanten Maßnahmen können somit als Vergleichskriterium innerhalb der Schlüsselthemen gesehen werden (Heintz, 2016).

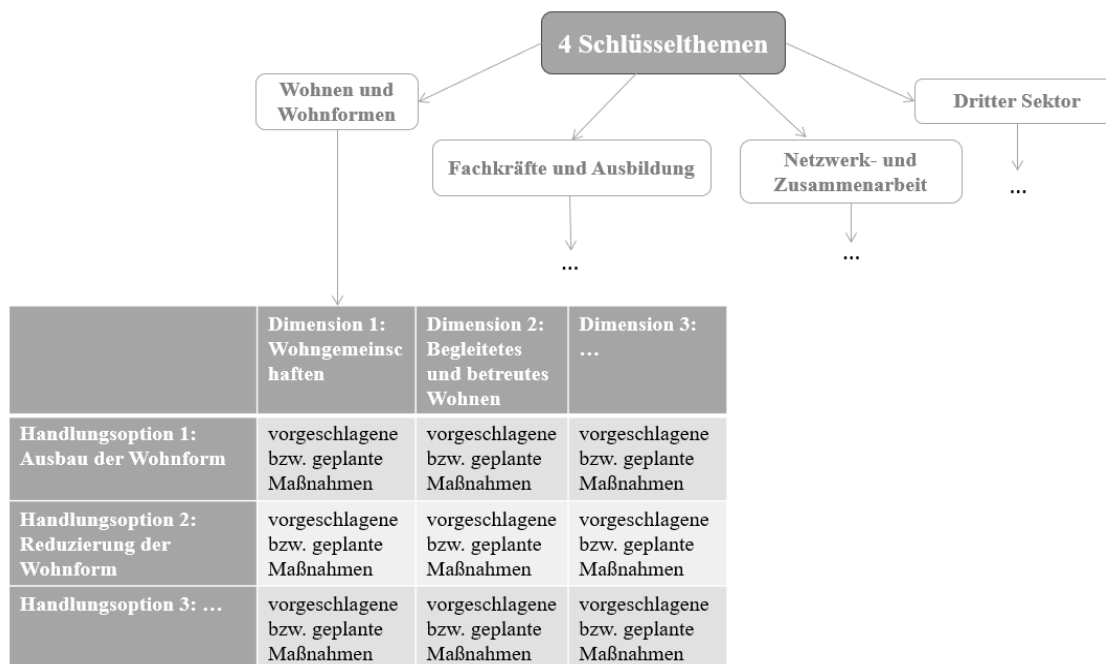


Abbildung 2: Dimensionen und Handlungsoptionen pro Schlüsselthema sowie resultierende vorgeschlagene / geplante Maßnahmen (in Anlehnung an Bernhart et al., 2023)

### 3 Ergebnisse

#### 3.1 Deskriptive Ergebnisse

Die Stakeholder, die sich an den Onlinebefragungen beteiligten, kamen aus vielen Bereichen von Sozialwesen und Zivilgesellschaft, hatten unterschiedliche Rollen, Herkunftsorganisation und Sprachen. Die meisten (51,8%) gehörten der Kategorie „Mitarbeiter\*in“ an, ein kleinerer Teil waren Führungskräfte (24,8%), Freiwillige (4,7%) und Personen ohne Funktion, z.B. Betroffene (2,0%). Bei den Organisationsformen waren soziale Dienstleister am häufigsten vertreten (44,2%), während 11,0% sich als Angehörige von Menschen mit Behinderung identifizierten und 10,0% einem Verein oder einer Interessenvertretung angehörten. Beschäftigte in Landes- oder Gemeindeverwaltungen machten ca. 6,7% der Befragten aus. Die überwiegend verwendete Sprache war Deutsch (72,8%), was in Einklang mit der in der letzten Volkszählung im Jahr 2011 festgestellten Sprachgruppenzugehörigkeit der Bevölkerung Südtirols steht.<sup>2</sup>

Von den 701 Personen, die die offenen Fragen mindestens teilweise beantworteten, wurden insgesamt 5.670 Aussagen zu den vier Schlüsselthemen gemacht: 40,6% der kodierten Nennungen bezogen sich auf das Thema Netzwerk- und Zusammenarbeit, 24,3% auf das Thema Fachkräfte, 20,3% auf das Thema Wohnen und Wohnformen und 14,8% auf das Thema Dritter Sektor. Tabelle 1 zeigt, dass vor allem in den Befragungen zu Senior\*innen und Pflege, soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Lagen sowie Menschen mit Beeinträchtigungen das Thema Netzwerk- und Zusammenarbeit eine große Bedeutung hatte. In der Befragung zum Dritten Sektor wurde erwartungsgemäß die Mehrheit der Nennungen in Verbindung

<sup>2</sup> Die Zahlen der letzten Volkszählung Südtirols (2011) ergeben einen Prozentsatz von 69,4% für die deutsche und 26,1% für die italienische Sprachgruppe.



zum gleichnamigen Schlüsselthema geäußert, während das Thema Fachkräftemangel und Ausbildung eine wichtige Rolle im Bereich Kinder- und Jugendschutz spielte.

<b>Befragung</b>	<b>Anzahl der kodierten Nennungen zu den vier Schlüsselthemen</b>				<b>Gesamt</b>
	<i>Wohnen und Wohnformen</i>	<i>Fachkräfte und Ausbildung</i>	<i>Netzwerk- und Zusammenarbeit</i>	<i>Dritter Sektor</i>	
Senior*innen und Pflege	75 (6,5%)	70 (5,1%)	102 (4,4%)	19 (2,3%)	<b>266 (4,7%)</b>
Kinder- und Jugendschutz	208 (18,1%)	346 (25,1%)	276 (12,0%)	82 (9,8%)	<b>912 (16,1%)</b>
Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Lagen	200 (17,4%)	208 (15,1%)	549 (23,8%)	132 (15,8%)	<b>1.089 (19,2%)</b>
Dritter Sektor	14 (1,2%)	103 (7,5%)	156 (6,7%)	410 (48,9%)	<b>683 (12,0%)</b>
Menschen mit Beeinträchtigungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen	653 (56,8%)	652 (47,3%)	1.220 (53,0%)	195 (23,3%)	<b>2.720 (48,0%)</b>
<b>Gesamt</b>	<b>1.150 (20,3%)</b>	<b>1.379 (24,3%)</b>	<b>2.303 (40,6%)</b>	<b>838 (14,8%)</b>	<b>5.670 (100%)</b>

*Tabelle 1: Anzahl der Nennungen zu den vier Schlüsselthemen pro Befragung*

Die qualitative Auswertung der genannten (Unter-)Kapitel zu strategischen Zielsetzungen und Maßnahmen des Landessozialplans ergab 227 kodierte Textteile: 30,4% betreffen das Thema Fachkräfte und Ausbildung, jeweils 29,5% die Themen Netzwerk- und Zusammenarbeit bzw. Wohnen und Wohnformen und 10,6% den Dritten Sektor (Tabelle 2). Für die Zielgruppen Senior\*innen und Menschen mit Beeinträchtigungen, psychischen und Abhängigkeitserkrankungen haben die Themen Wohnen und Fachkräfte eine große Bedeutung. Im Kapitel zum Dritten Sektor bezieht sich erwartungsgemäß die Mehrheit der genannten Maßnahmen auf das Schlüsselthema Dritter Sektor, während das Thema Netzwerk- und Zusammenarbeit vor allem im Bereich Kinder- und Jugendschutz eine Rolle spielt. Im Kapitel „Bereichsübergreifende Strategien und Maßnahmen“ werden alle vier Schlüsselthemen berücksichtigt, zusätzlich zu Thematiken wie Förderung von Dialog und Verständigung, Reform der Sozialsprengel oder Armutsbekämpfung.

Kapitel	Anzahl der kodierten Nennungen				Gesamt
	Wohnen und Wohnformen	Fachkräfte und Ausbildung	Netzwerk- und Zusammenarbeit	Dritter Sektor	
Bereichsübergreifende Strategien und Maßnahmen (Kap. 3)	6 (9,0%)	13 (18,8%)	10 (14,9%)	9 (37,5%)	<b>38 (16,7%)</b>
Seniorinnen und Senioren – Begleitung, Betreuung und Pflege (Kap. 4.6)	24 (35,8%)	16 (23,2%)	7 (10,4%)	1(4,2%)	<b>48 (21,1%)</b>
Kinder- und Jugendhilfe (Kap. 5.4)	7 (10,4%)	18 (26,1%)	17 (25,4%)	1(4,2%)	<b>43 (19,0%)</b>
Menschen mit Beeinträchtigungen, mit psychischen und Abhängigkeitserkrankungen (Kap. 6.5)	22 (32,8%)	10 (14,5%)	12 (17,9%)	1 (4,2%)	<b>45 (19,8%)</b>
Soziale Inklusion und Frauen in schwierigen Lagen (Kap. 7.2.5, 7.3.5, 7.4.6, 7.5.7, 7.6.5)	8 (11,9%)	11 (15,9%)	15 (22,4%)	3 (12,5%)	<b>37 (16,3%)</b>
Die Rolle des dritten Sektors (Kap. 8.5)	0 (0%)	1 (1,5%)	6 (9,0%)	9 (37,5%)	<b>16 (7,1%)</b>
<b>Gesamt</b>	<b>67 (29,5%)</b>	<b>69 (30,4%)</b>	<b>67 (29,5%)</b>	<b>24 (10,6%)</b>	<b>227 (100%)</b>

Tabelle 2: Anzahl der Textstellen zu den vier Schlüsselthemen pro Kapitel

### 3.2 Vergleichende Analyse

#### 3.2.1 Schlüsselthema Wohnen und Wohnformen

Von den Befragten werden ein bedarfsorientierter und zielgruppenbezogener, wohnortnaher, zeitlich ausgedehnter, bezahlbarer und angemessener Ausbau von bestehenden Diensten und Leistungen vorgeschlagen, die unter zusätzlicher Betonung von Qualitätsaspekten auch im Landessozialplan 2030 aufgenommen wurden. Außerdem werden verschiedene ähnliche Maßnahmen zur Schaffung neuer bedarfsorientierter Dienste sowohl von den Befragten gefordert als auch im Landessozialplan 2030 genannt – in letzterem sind zusätzlich konkrete Maßnahmen für Planung und Monitoring des Bedarfs, zur finanziellen Unterstützung sowie zur Beratung vorgesehen. Anpassungen bestehender Wohn- und Betreuungsangebote in Richtung höherer Flexibilität und individueller zeitlicher und leistungsbezogener Gestaltung werden im Landessozialplan 2030 in ähnlicher Weise beschrieben wie von den Stakeholdern vorgeschlagen.

Eine Abschaffung bzw. Reduzierung von nach Beeinträchtigungen getrennten Diensten und der familiären Anvertrauung, die zu einem Gefühl der Ausgrenzung oder sogar „zur Ghettoisierung“ (M\_208630<sup>3</sup>; SI\_204679) einiger Bevölkerungsgruppen führen könnten, wurde dagegen von den Befragten vorgeschlagen, jedoch nicht im Landessozialplan 2030 aufgegriffen. Was die inhaltliche Gestaltung von Diensten in Richtung soziale Inklusion und selbständiges Wohnen angeht, so sind sich sowohl die vorgeschlagenen als auch die geplanten Maßnahmen recht ähnlich, d.h. sie kreisen vor allem um flexible, individuell zugeschnittene und generationenübergreifende Lösungen. Zusätzlich wurden in den Onlinebefragungen die Wichtigkeit von Bildung an Schulen und im Landessozialplan 2030 konkrete Maßnahmen in den Bereichen smarte Wohntechnologien sowie Freizeitgestaltung genannt. Tabelle 3 fasst die vorgeschlagenen bzw. geplanten Maßnahmen zum Thema Wohnen zusammen.

<sup>3</sup> Für die Beschreibung der Quellenbenennung aus den Onlinebefragungen sowie dem Landessozialplan siehe Anhang



Schlüsselthema Wohnen und Wohnformen		
	Vorgeschlagene Maßnahmen	Geplante Maßnahmen
<i>Dienste und Leistungen, die ausgebaut werden sollten</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• verschiedene Leistungen für spezifische Zielgruppen (z.B. Senior*innen mit Behinderung)</li> <li>• an die Rechte und Präferenzen der Individuen anpassbare Ausweitung</li> <li>• wohnortnah in städtischen und ländlichen Gebieten</li> <li>• zeitliche Ausweitungen der Wohndienste</li> <li>• Ausbau von integrierten Einrichtungen und zeitlich befristeten Lösungen</li> <li>• Ausbau von bezahlbaren Wohnplätzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zielgruppenbezogene und altersgerechte Ausweitung möglicher Betreuungsangebote (z.B. durch altersgerechte Assistenztechnik)</li> <li>• gezielter nachfragebezogener und bedarfsorientierter Ausbau der Angebote und Dienstleistungen</li> <li>• wohnortnah, auch in den peripheren Gebieten</li> <li>• zeitliche Ausweitungen der Wohndienste</li> <li>• Ausbau von Wohn- und Betreuungsplätzen, Wohnraum und angemessenen Mietwohnungen</li> <li>• Ausbau unter Berücksichtigung von Qualität und Bedarf</li> </ul>
<i>Dienste und Leistungen, die derzeit fehlen und daher ergänzt werden sollten</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• flexiblere bedarfsorientierte betreute Wohneinheiten</li> <li>• neue kreative und innovative temporäre Übungswohnungen</li> <li>• niederschwellige und temporäre Wohnmöglichkeiten</li> <li>• Übergangswohnungen mit Beratungsdiensten</li> <li>• Wohngemeinschaften und Pflegeheime für noch spezifischere Gruppen (z.B. Senior*innen mit psychischen Erkrankungen)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• neue und ergänzende spezifische Betreuungsangebote zwischen Hauspflege und Wohnheimen sowie teilstationäre Einrichtungen</li> <li>• generationsübergreifende Wohnformen</li> <li>• Planung und Monitoring des landesweiten Bedarfs und Sicherstellung von Unterkünften und Einrichtungen</li> <li>• finanzielle Unterstützung und Erleichterung des Übergangsverfahrens</li> <li>• Kompetenzstellen zur Wohnberatung und Unterstützung</li> </ul>
<i>Bestehende Dienste und Leistungen, die verändert bzw. angepasst werden sollten</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• neue Wohnformen, die an die individuellen Bedürfnisse angepasst werden</li> <li>• kleine, gemeindenahе und zentrale Strukturen</li> <li>• flexible individuelle Gestaltung der Dienste</li> <li>• Tages- und Nachtpflegeheime, die in integrierter und kooperativer Form organisiert sind</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anpassungen unter Berücksichtigung der Anforderungen der verschiedenen Personengruppen und Individuen</li> <li>• Bedarfsgerechte bauliche und technische Adaptierung von privaten Wohnungen</li> <li>• Betreuungsangebote, die hinsichtlich ihrer Leistungsschwerpunkte ausdifferenziert sind</li> </ul>

		<ul style="list-style-type: none"> <li>• inklusive, zugängliche, flexible und individuell abgestimmte Gestaltung der Wohn- und Betreuungsangebote</li> </ul>
<i>Reduzierung oder Abschaffung</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• großer Wohneinrichtungen / Wohnheime / Wohngruppen</li> <li>• der aktuellen Form der familiären Anvertrauung</li> <li>• von Trennungen der Wohnformen nach Beeinträchtigungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• großer Einrichtungen in den Peripherien</li> </ul>
<i>Förderung der sozialen Inklusion</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• mithilfe von flexiblen und kleinstrukturierten Einrichtungen</li> <li>• durch neue Modelle des generationsübergreifenden Zusammenlebens</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• durch Gestaltung inklusionsfreundlicher Lebensräume und Wohnlösungen</li> <li>• durch Bereitstellung von Wohnraum als Voraussetzung von Inklusionsprojekten</li> <li>• mithilfe vielfältiger und individuell anpassbarer Wohnlösungen und Dienstleistungen (u.a. Gesundheitsbudget, persönliche Assistenz)</li> <li>• durch Ausbau von Treffpunkten für generationsübergreifende Begegnungen und sozialen Austausch</li> </ul>
<i>Förderung des selbständigen Wohnens</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• durch kleine, übersichtliche und an die Bedürfnisse angepasste Wohnmöglichkeiten</li> <li>• bereits über die Schulbildung</li> <li>• inklusive Messung der Fortschritte bei der Implementierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• durch Ausstattung der Wohnumgebung mit smarten Technologien z.B. zur Fernüberwachung</li> <li>• mithilfe einer an Interessen und Präferenzen ausgerichteten Freizeitgestaltung</li> </ul>

Tabelle 3: Schlüsselthema Wohnen und Wohnformen – vorgeschlagene und geplante Maßnahmen

### 3.2.2 Schlüsselthema Fachkräfte und Ausbildung

Insgesamt werden eine Fachkräfteaufstockung zur Sicherstellung von genügend Personal durch bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung, flexiblere Ausbildungsmöglichkeiten, Wertschätzung und Sensibilisierungsaktivitäten sowohl gefordert als auch im neuen Landessozialplan vorgesehen. „Wenn die Fachkräfte dann noch vom ‚System‘ dabei unterstützt werden, mutige, individuelle, vielleicht auch alternative [Entscheidungen zu treffen], [...] wird es immer wieder motivierte und qualifizierte Fachkräfte geben, die einen großen Beitrag zum Gelingen unserer Gemeinschaft [leisten] können.“ (K\_200674).

Mehr Personal für Arbeitseingliederung, Betreuung am Arbeitsplatz, d.h. *Job Coaching*, und allgemein die Förderung von sozialer Inklusion wurden sowohl vorgeschlagen – denn „Arbeitsbeschäftigung [gilt] als Gradmesser für die Zugehörigkeit und Teilhabe“ (M\_170) – als auch geplant. Hierbei wird von den Befragten ein größerer Fokus auf die finanzielle Unterstützung von Unternehmen und Arbeitnehmer\*innen gelegt, während im Landessozialplan 2030 die Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Trägern betont wird. Von den Befragten werden erleichternde Unterstützungsangebote für Familien und

Angehörige vorgeschlagen, die im Landessozialplan 2030 durch konkrete Maßnahmen wie Vergünstigungen, flexiblere Vereinbarungen und den Einsatz von Familienhelfer\*innen spezifiziert werden.

Eine Aufstockung des Personals für Präventionsarbeit sowie die Ausbildung von Fachkräften und Bewusstseinsbildung zum Thema Prävention bei Angehörigen von Menschen mit Unterstützungsbedarf sowie der Bevölkerung allgemein wurde dagegen nur von den Befragten vorgeschlagen und nicht explizit im Landessozialplan 2030 aufgegriffen. Dieser betont wiederum Anreize, die eine Wertschätzung der erbrachten Leistungen ausdrücken sollen, wie stabile Berufskarrieren, die regelmäßige Überprüfung der Arbeitsbedingungen sowie Möglichkeiten einer Karriereentwicklung. Flexiblere Zugangsvoraussetzungen, Ausbildungsmöglichkeiten und -dauer sowie ein spezifischeres und praxisbezogeneres Ausbildungsangebot werden sowohl in den Umfragen als auch im Landessozialplan 2030 hervorgehoben. Die Details der geforderten sowie der tatsächlich geplanten Maßnahmen in Bezug auf Fachkräfte und Ausbildung sind in Tabelle 4 dargestellt.

Schlüsselthema Fachkräfte und Ausbildung		
	Vorgeschlagene Maßnahmen	Geplante Maßnahmen
<i>Sicherstellung von genügend qualifizierten Fachkräften</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• angemessene Arbeitsbedingungen z.B. unbürokratischer Zugang zum Arbeitsplatz</li> <li>• finanzielle Aufwertung: angemessene, leistungsgerechte und an die Inflation angepasste Entlohnung</li> <li>• stärkere Spezialisierung und dementsprechende Überarbeitung bestehender Stellenpläne</li> <li>• Möglichkeiten eines Qualifikationserwerbes für alle an sozialen Tätigkeiten Interessierten</li> <li>• Motivation und Empowerment durch Wertschätzung von Ausbildung, Studium und Berufstätigkeit</li> <li>• mehr Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierungsaktivitäten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bessere Arbeitsbedingungen, z.B. Einarbeitungsphase mit Begleitung für alle Berufsneulinge</li> <li>• wirtschaftliche Anreize, z.B. der Verantwortung entsprechende Entlohnungen</li> <li>• umfassende vorausblickende Weichenstellungen in der Personalpolitik</li> <li>• Steigerung der Attraktivität von Betreuungs- und Pflegeberufe, z.B. durch freiwilliges soziales Jahr, Praktika und ergänzende Ausbildungsmodule</li> <li>• gezielte Verbesserungen im Bereich Arbeitsorganisation und Weiterbildung</li> <li>• Informations- und Imagekampagnen, um Menschen für Betreuungs- und Pflegeberufe zu gewinnen</li> </ul>
<i>Sicherstellung von genügend Fachkräften für die Förderung von Arbeitseingliederung und Inklusion</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jobcoaching am Arbeitsplatz</li> <li>• Bereitstellung von spezialisierten Fachkräften, wie Inklusionsbegleiter*innen</li> <li>• Sensibilisierungsmaßnahmen zur beruflichen Eingliederung z.B. in Unternehmen und Schulen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stabilisierung der Arbeitsverhältnisse durch Unterstützung von Fachkräften für die Begleitung am Arbeitsplatz (<i>Job Coaching</i>)</li> <li>• neue Berufsbilder in öffentlichen Ämtern, wie interkulturelle</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• geschultes Personal für die Begleitung von Arbeitnehmenden, die Unterstützung brauchen oder in Kontakt mit Betroffenen stehen</li> <li>• höhere finanzielle Anreize für Unternehmen, die Menschen mit Beeinträchtigung einstellen</li> <li>•</li> </ul>	<p>Sprachmittler*innen oder Mediator*innen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sensibilisierung, z.B. durch aufsuchende mobile Jugendarbeit und aufsuchende Sozialarbeit für obdachlose Menschen</li> <li>• bedarfsgerechte Angebote der Arbeitsbeschäftigung sowie zur Vorbereitung des Arbeitslebens</li> <li>• Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Sozialsprengeln, dem Arbeitsvermittlungsservice und den Berufsschulen</li> <li>• Konventionen zwischen privaten und öffentlichen Trägern (Praktikumstellen und Studienbeihilfen für <i>Care Leaver</i>)</li> <li>• Maßnahmen zur Erleichterung des Übergangs von der Schule in die Arbeitsbeschäftigung</li> </ul>
<p><i>Sicherstellung von genügend Fachkräften für die Unterstützung von Familien und Angehörigen</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufstockung von Aushilfskräften, z.B. in Krisen- und Urlaubszeiten</li> <li>• Maßnahmen, die durch einen höheren Personaleinsatz gewährleistet werden, z.B. sozialpädagogische Wohnprojekte und professionelle Wohnunterstützung</li> <li>• Sensibilisierungsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• (Wieder-)Einführung des Berufsbilds des/der Familienhelfer*in zur Unterstützung bei hauswirtschaftlichen und erzieherischen Tätigkeiten</li> <li>• Schaffung zusätzlicher Unterstützungsangebote für die Beratung, Begleitung und Ausbildung pflegender Angehöriger</li> <li>• Ausbau von Aus- und Weiterbildungsinitiativen, Sensibilisierungstätigkeiten und Gruppenangebote für Pflegefamilien</li> <li>• flexible und individuelle Vereinbarungen zur Arbeitsbeschäftigung</li> <li>• Vergünstigungen für pflegende Angehörige zusätzlich zu staatlichen Fördermaßnahmen</li> </ul>

<p><i>Sicherstellung von genügend Fachkräften für die Präventionsarbeit</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• angemessene Präventionsarbeit durch Personalaufstockung</li> <li>• allgemeine Sensibilisierung sowie Ausbildung von Fachkräften, Erzieher*innen und Angehörigen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• /</li> </ul>
<p><i>Fachkräfteaufstockung und notwendige Anpassungen der derzeitigen Dienste</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• neue Ansätze für den Schutz von Hauspflegekräften (z.B. geschultes Personal des öffentlichen Sektors bereitstellen)</li> <li>• Ausbau und Verbesserung von Diensten durch Qualifizierung, Weiterbildung und Spezialisierung</li> <li>• Information der gesamten Bevölkerung über verfügbare Dienste und Projekte</li> <li>• Verstärkung wohnortnaher, zeitlich ausgeweiteter Beratungsdienste</li> <li>• Quantitativer Ausbau der Personalressourcen in den bestehenden Diensten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung neuer familienähnlicher Betreuungsmodelle sowie genossenschaftlicher Organisationen (z.B. selbstverwaltete private Pflgeteams)</li> <li>• periodische Überprüfung der Arbeitsbedingungen von Fachkräften</li> <li>• Gewährleistung stabiler Berufskarrieren und Möglichkeiten einer Karriereentwicklung</li> <li>• Förderung von Kompetenzstellen zur Arbeitsberatung</li> <li>• Überarbeitung von Berufsbildern vergleichbarer Sozial- und Gesundheitsberufe mit dem Ziel der Herstellung von Gleichwertigkeit</li> </ul>
<p><i>Förderung und Flexibilisierung des Ausbildungsangebotes</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• fach- und berufsspezifische sowie interdisziplinäre Weiterentwicklung von Ausbildungswegen inklusive praxisbezogene Erfahrungen</li> <li>• Angleichung von Zugangsvoraussetzungen</li> <li>• sowohl für Arbeitnehmer*innen als auch Studierende größere Flexibilität und Autonomie bei der Gestaltung der eigenen Tätigkeiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vereinheitlichung einer Grundausbildung mit erhöhtem Praxisbezug und bedarfsorientierter Spezialisierung</li> <li>• Flexibilisierung von Zugangsvoraussetzungen und Ausbildungsbausteinen</li> <li>• flexible Ausbildungsmöglichkeiten, z.B. duale Ausbildung, verkürzte Dauer, berufsbegleitend</li> <li>• Förderung von dezentralen Ausbildungslehrgängen in ganz Südtirol</li> <li>• Aus- und Weiterbildung für alle Stakeholder (z.B. Hilfskräfte, Sozialdienste, Netzwerkpartner, Betroffene)</li> </ul>

Tabelle 4: Schlüsselthema Fachkräfte und Ausbildung – vorgeschlagene und geplante Maßnahmen

### 3.2.3 Schlüsselthema Netzwerk- und Zusammenarbeit

Mitsprache und Einbeziehung aller Akteur\*innen, inklusive Betroffener, in jeder Phase einer Maßnahme spielen eine wichtige Rolle – sowohl in den Onlinebefragungen als auch im Landessozialplan 2030. Von den Befragten wird die Vereinheitlichung und Zusammenlegung von angebotenen Diensten für alle Personengruppen auf dem gesamten Landesgebiet vorgeschlagen – im Landessozialplan 2030 wird von einer multidimensionalen und fachübergreifenden Ausrichtung des gesamten Dienstleistungssystems gesprochen. Die Befragten schlagen die Schaffung neuer Dienste wie Anlaufstellen sowie mehr Möglichkeiten zu informellen Treffen vor – im Landessozialplan ist dann allgemeiner von der Förderung eines integrierten Betreuungskonzeptes mit unterstützenden Angeboten und Formen der Mitsprache die Rede. Die Stärkung von Präventionsarbeit soll laut den Befragten vor allem über mehr bedürfnisorientierte Angebote und Projekte aber auch die Mitarbeit der Betroffenen erreicht werden – der Landessozialplan sieht hierfür die Einrichtung eines Koordinierungs- und Planungstisches vor. Als übergreifende Ziele einer verstärkten interdisziplinären Zusammenarbeit werden von den Befragten vor allem die Entwicklung neuer gemeinsamer Konzepte und Vereinbarungen sowie regelmäßiger Austausch zwischen den Akteuren gefordert; im Landessozialplan 2030 sind hingegen die Einrichtung regelmäßiger Arbeitstische und *Taskforces* sowie die Umsetzung von Einvernehmensprotokollen vorgesehen. Tabelle 5 stellt die von den Befragten geforderten den bis 2030 geplanten Maßnahmen gegenüber.

Schlüsselthema Netzwerk- und Zusammenarbeit		
	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Geplante Maßnahmen</i>
<i>Anpassungen und Verbesserung der derzeitigen Dienste und Leistungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammenführung von Diensten für verschiedene Personengruppen, z.B. integrative Treffpunkte</li> <li>• Vereinheitlichung angebotener Dienste und Verringerung der Segmentierung zwischen Zielgruppen</li> <li>• Zusammenlegung verschiedener Dienste auf dem gesamten Landesgebiet, z.B. durch eine Taskforce</li> <li>• Überprüfung und Planung der Dienstleistungskoordination</li> <li>• Förderung individuell abgestimmter übergreifender Projekte auf organisatorischer, verwaltungstechnischer und finanzieller Ebene</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung der Kooperation von Diensten, Einrichtungen und Organisationen, z.B. soziosanitäre Integration und Vernetzung der Informations-, Betreuungs- und Beratungsangebote</li> <li>• Aktivierung aller gesellschaftlichen Ressourcen in einem Netzwerk inklusive permanenten Koordinierungsstellen auf lokaler Ebene</li> <li>• einheitliche Regeln für die Datenerfassung und eine digitale Plattform für einen behördenübergreifenden Austausch</li> <li>• neue Ausrichtung des Dienstleistungssystems mit multidimensionalen und fachübergreifenden Maßnahmen inklusive Abschaffung stark getrennter Zuständigkeiten</li> </ul>
<i>Zusammenarbeit zur Förderung</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bereichsübergreifende Kooperation bei Unterstützungsdiensten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• dauerhaftes und synergetisches Zusammenwirken von Strukturen</li> </ul>



<p><i>von Teilhabe, Arbeitsintegration und sozialer Inklusion</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einbindung der Betroffenen als Expert*innen in jeder Projektphase, von der Planung bis zur Umsetzung</li> <li>• stärkere Zusammenarbeit zwischen den Stakeholdern und Entwicklung eines Netzwerkes für alle Dienste der Arbeits-, Wohnungs- und Freizeitinklusion</li> </ul>	<p>und Diensten inklusive aktiver Beteiligung der Bevölkerung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mitsprache aller Betroffenen bei der Bedarfserhebung, Planung, Umsetzung sowie Evaluierung und Monitoring von sozialen Maßnahmen</li> <li>• Beteiligung und Empowerment von Betroffenen und deren Interessenvertretungen an Entwicklungs- und Qualitätsprozessen, z.B. in Form von „Trialogen“<sup>4</sup></li> </ul>
<p><i>Zusammenarbeit zur Förderung der individuellen Lebensgestaltung und Selbstbestimmung</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gestaltung des individuellen Interventionsplans in einem Netzwerk von Akteur*innen (inklusive Betroffenen)</li> <li>• Mitspracherecht der Betroffenen bei der Auswahl der Dienste</li> <li>• Förderung eines Unterstützungsnetzwerks mit führender Rolle der Betroffenen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausarbeitung und Umsetzung des Lebensprojekts<sup>5</sup> unter Einbeziehung der Werte und Wünsche der Betroffenen</li> <li>• Förderung geeigneter Formen der Mitsprache für die Betroffenen</li> </ul>
<p><i>Zusammenarbeit zur Unterstützung von Pflegetätigkeiten durch Familien und Angehörige</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• integrierte Unterstützungsdienste für alle Familienmitglieder, z.B. Anlaufstellen oder informelle und niederschwellige Treffen</li> <li>• Verstärkung von Synergien zwischen verschiedenen Akteur*innen in einem Netzwerk gemeinsamer Ressourcen auf dem gesamten Landesgebiet für übergreifende Entlastungs- und Beratungsangebote</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• integriertes Betreuungskonzept mit familienentlastenden Angeboten durch Mischformen der Betreuung unter einem Dach</li> <li>• Mitsprache und Empowerment von Familien und Angehörigen im Netzwerk</li> </ul>
<p><i>Zusammenarbeit zur Stärkung von Präventionsarbeit</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• niederschwellige und bedürfnisorientierte Präventionsangebote sowie aktive Einbindung der Betroffenen</li> <li>• Projekte zur Vernetzung zwischen Organisationen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einrichtung eines Koordinierungs- und Planungstisches für Präventionstätigkeiten</li> </ul>

<sup>4</sup> An einem Trialog nehmen Expert\*innen, Angehörige, Fachpersonal und Interessierte teil und tauschen sich über die persönlichen Erfahrungen mit Menschen mit psychischen Erkrankungen aus (Autonome Provinz Bozen, 2023).

<sup>5</sup> Zur Unterstützung von Personen mit Beeinträchtigungen sieht das nationale italienischen Gesetz Nr. 328/00 die Durchführung eines individuellen *Lebensprojekts* vor, das eine diagnostische Einschätzung der Person, notwendige (Pflege-)Dienstleistungen sowie erforderliche finanzielle Maßnahmen umfassen soll. <https://www.gazzettaufficiale.it/eli/id/2000/11/13/000G0369/sg> (abgerufen am 06.03.2024)

<p><i>Maßnahmen zur Verbesserung der interdisziplinären Netzwerk- und Zusammenarbeit</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung eines gemeinsamen Konzeptes für eine einfache und flexible Zusammenarbeit von Sozial- und Gesundheitswesen</li> <li>• regelmäßiger unbürokratischer Austausch zwischen verschiedenen Dienstleistern sowie Ämtern der Landesverwaltung</li> <li>• mehr zeitliche Ressourcen, Klärung und Respektierung der Zuständigkeiten aller Beteiligten</li> <li>• Vereinbarungen für integrierte Arbeitsteams auf dem gesamten Landesgebiet</li> <li>• Koordinierung der Netzwerke durch eine Einrichtung bzw. Ansprechperson</li> <li>• Ausweitung der Nutzung von Kooperationsmodellen, z.B. Ko-Programmierung und Ko-Projektierung<sup>6</sup></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einrichtung einer Taskforce für das laufende Monitoring der Schnittstellen auf Landesebene und im Sozial- und Gesundheitswesen</li> <li>• Ausarbeitung und Umsetzung von Einvernehmensprotokollen</li> <li>• regelmäßige Arbeitstische, z.B. bei Planungs- und Steuerungsprozessen</li> <li>• Stärkung von Fähigkeiten für die interdisziplinäre Arbeit in Teams</li> <li>• Förderung der Vernetzung von Betreuungsangeboten in einem Community Care System</li> </ul>
--	--	---

Tabelle 5: Schlüsselthema Netzwerk- und Zusammenarbeit – vorgeschlagene und geplante Maßnahmen

### 3.2.4 Schlüsselthema Dritter Sektor

Der wichtige Beitrag von gemeinnützigen Organisationen im gesamten Sozialwesen wird sowohl von den Befragten als auch im Landessozialplan 2030 anerkannt. Vorgeschlagen werden Maßnahmen zu ihrer verstärkten Beteiligung an allen Projekten sowie eine geeignete Ausstattung an Fachpersonal und finanzielle Unterstützung, während im Landessozialplan 2030 die konkrete Unterstützung von Ansätzen und Initiativen, die die Einbeziehung aller Akteure und Netzwerke fördern, vorgesehen ist. Die Unterstützung und Wertschätzung von Freiwilligen und ihre Expertise spielt sowohl laut den Befragten als auch im Landessozialplan 2030 eine wichtige Rolle, z.B. durch Möglichkeiten zum Kompetenzerwerb oder Supervision, damit diese nicht nur als „Lückenfüller“ (DS\_208251) gesehen werden, sondern als ein unverzichtbares „Teil eines Puzzles“ (DS\_206360). Von den Befragten werden neue Formen der Freiwilligenarbeit, geeignete Rahmenbedingungen sowie Anreize für Unternehmen zur Gewinnung von Freiwilligen vorgeschlagen – der Landessozialplan sieht hierzu auch Planungsaktivitäten auf konzeptueller Ebene als notwendig. Weiterhin wird die engere Partnerschaft von öffentlichem Sektor und Drittem Sektor durch eine gemeinsame Planung sowie Koordinierungsaktivitäten sowohl im Landessozialplan 2030 als auch in den Onlinebefragungen betont. Präventionsarbeit durch Aufbau und Förderung von Solidaritätsnetzwerken und Gemeinwesenentwicklung sowie mit Hilfe von gemeinnützigen Organisationen wurde in den Umfragen vorgeschlagen, im Landessozialplan 2030 jedoch nicht dezidiert aufgegriffen. Tabelle 6 stellt die vorgeschlagenen und geplanten Maßnahmen gegenüber.

<sup>6</sup> Diese Instrumente wurden 2017 per Gesetzesdekret vom italienischen Staat definiert und sollen die Umsetzung eines sektorübergreifenden Systems zur Erfassung der Bedürfnisse von Bürger\*innen sowie die subsidiäre Zusammenarbeit von allen Beteiligten in der Planungsphase (Ko-Programmierung) und Umsetzungsphase (Ko-Projektierung) eines Vorhabens fördern.

	<b>Schlüsselthema Dritter Sektor</b>	
	<b>Vorgeschlagene Maßnahmen</b>	<b>Geplante Maßnahmen</b>
<i>Einbindung der Organisationen des Dritten Sektors</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• in allen Phasen der Implementierung des Landessozialplans und in Projekten zur Förderung der sozialen Inklusion</li> <li>• Verbesserung der Partnerschaften für bestimmte Bereiche wie Kultur- und Sozialplanung, in Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern</li> <li>• Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Realitäten auf dem Territorium durch interne aber auch sektorübergreifende Koordinierungs- und Planungstische, Absichtserklärungen und gemeinsame Bereitstellung von Dienstleistungen</li> <li>• geeignete Ausstattung an Fachpersonal und Freiwilligen und genügend finanzielle Mittel</li> <li>• Schaffung von klaren und präzisen Rahmenbedingungen und Vereinbarungsprotokollen, verlässliche Finanzierungsmodelle für eine bessere Qualitätssicherung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zusätzlich zu den Ausschreibungen Förderung der Kooperation durch eine gemeinsame Programmierung und Planung von Projekten</li> <li>• Förderung gebietsbezogener Initiativen und Inklusionsprojekte des Dritten Sektors zur Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere in Kooperation mit anderen lokalen Akteuren</li> <li>• Informationsveranstaltungen zur Förderung neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen öffentlichem, privatem und Drittem Sektor</li> <li>• Förderung von Sozialbeirat, Sprengelbeiräten sowie strukturspezifischen Beiräten für die systematische Mitsprache des Dritten Sektors</li> <li>• Einvernehmensprotokolle für die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen öffentlichen Einrichtungen und Drittem Sektors</li> <li>• Entwicklung von Formen der Nachbarschaftshilfe, die auf Gegenseitigkeit basieren</li> </ul>
<i>Verbesserung der Anerkennung von Freiwilligen und Ehrenamtlichen</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• (kostenlose) Aus- und Weiterbildung für Freiwillige</li> <li>• vermehrte Gewinnung professioneller Fachkräfte zur Begleitung der Freiwilligen</li> <li>• klare Rollen, Zuständigkeitsbereiche und Tätigkeiten</li> <li>• angemessene Anerkennung durch Motivation und Lob, Sichtbarmachung der Leistungen und Wertschätzung des persönlichen Engagements</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von fachspezifischen, organisatorischen und persönlichen Kompetenzen</li> <li>• bedarfsorientiertes Angebot von Supervision bei komplexen Aufgabenstellungen</li> <li>• Sensibilisierung für die soziale Freiwilligenarbeit bereits in den Schulen</li> <li>• begleitete Schulung, Supervision und organisatorische Weiterbildung von Ehrenamtlichen</li> <li>• Anerkennung von Bildungsguthaben für Weiterbildungslehrgänge und</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Möglichkeiten zur formellen / offiziellen Anerkennung der geleisteten Freiwilligenarbeit</li> <li>• Möglichkeiten für Freiwillige ihr Expertenwissen einzubringen</li> </ul>	Vergünstigungen für Kultur- und Freizeitangebote
<i>Gewinnung von Freiwilligen und Ehrenamtlichen</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• geeignete Rahmenbedingungen für eine aktive Beteiligung von Berufstätigen, z.B. Anerkennung ihrer Fähigkeiten, unbürokratische Aufnahme sowie Freistellungen im beruflichen Alltag (wie z.B. bei Blutspenden)</li> <li>• Förderung neuer Formen der Freiwilligenarbeit: unbefristete und zeitlimitierte Möglichkeiten, Corporate Volunteering</li> <li>• Wertschätzung und gesellschaftliche Anerkennung individueller Leistungen, z.B. durch Zertifikate</li> <li>• Anreize für Unternehmen und Genossenschaften, die im Rahmen der Freiwilligenarbeit erworbenen Kompetenzen zu validieren</li> <li>• Informationskampagnen, Öffentlichkeitsarbeit und Austausch mit den Freiwilligen sowie kurzfristige Freiwilligenaktivitäten während der Ausbildung</li> <li>• Stärkung des Informationsaustausches und der Zusammenarbeit zwischen Organisationen im Sozialbereich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung von Anreizen für gemeinnützige Organisationen, ihr Tätigkeitsfeld auf den Sozialbereich auszudehnen (z.B. Hilfestellung zur Alltagsbewältigung)</li> <li>• Übergreifende Erarbeitung eines Konzeptes zur Entwicklung der Freiwilligenarbeit</li> </ul>
<i>Maßnahmen des Dritten Sektors zur Stärkung von Prävention</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von Netzwerken zwischen Einrichtungen und Diensten aus dem Dritten Sektor und effiziente Nutzung der Ressourcen für die Präventionsarbeit</li> <li>• Aufbau von Solidaritätsnetzen und Gemeinwesenentwicklung</li> <li>• Einbeziehung von Organisationen des Dritten Sektors bei der Planung und in Diskussionsräumen für die präventive Sozialarbeit</li> </ul>	• /

Tabelle 6: Schlüsselthema Dritter Sektor – vorgeschlagene und geplante Maßnahmen

#### 4 Diskussion und Ausblick

Allgemein kann festgestellt werden, dass die Perspektiven der Befragten (d.h. die Vorschläge von Fachkräften sowie einiger anderer Interessensgruppen) bei der Ausrichtung der Sozialplanung in Bezug auf die vier untersuchten Schlüsselthemen in angemessener Weise aufgegriffen wurden. Die praxisbezogenen und oft eher kurzfristig ausgerichteten vorgeschlagenen Maßnahmen wurden unter Berücksichtigung langfristiger gesellschaftlicher Herausforderungen, wie der demographischen Entwicklung, Armutsbekämpfung und Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, als langfristige Schwerpunkte für Dienste und Leistungen weiterentwickelt und in den neuen Landessozialplan mit seinen 12 aktualisierten Leitlinien für die Sozialpolitik (u.a. Funktion von Familie und sozialen Netzwerken, Bürgernähe, Prävention) sowie den geplanten Maßnahmen integriert. Man kann davon ausgehen, dass die Beteiligung möglichst vieler Bevölkerungsgruppen sowie die Berücksichtigung der Ergebnisse eines solchen partizipativen Vorgehens nicht nur Planungsprozesse verbessern, sondern auch soziale Ungleichheit und Ausgrenzung reduzieren (Dittmann & Cartus, 2019). So wurde in Südtirol insgesamt ein erster Schritt in diese Richtung getan, bevor die konkrete Umsetzung der geplanten Maßnahmen die eigentliche Bewährungsprobe darstellt.

Was das Thema Wohnen betrifft, spiegelt die geplante Weiterentwicklung der Wohnformen, Betreuungsangebote und ergänzende Dienste und Leistungen die Wünsche der Stakeholder wider; sie wird unter zusätzlicher Berücksichtigung der definierten Leitlinien für die Sozialpolitik, wie z.B. Qualitätssicherung und Gewährleistung sozialer Sicherheit und ökonomischer Nachhaltigkeit, im neuen Landessozialplan beschrieben. Wie in den Befragungen vorgeschlagen, wurde auch im Landessozialplan eine Reduzierung großer Seniorenwohnheime und teilstationären Dienste geplant. Obwohl eine Abschaffung der familiären Anvertrauung nicht aufgegriffen wurde, soll diese laut Landessozialplan durch verschiedene Maßnahmen verändert werden, z.B. durch interdisziplinär zusammengesetzte Teams, Aus- und Weiterbildungsinitiativen als Unterstützung für eine Pflegefamilie sowie die Umwandlung zu zeitgemäßen Betreuungsmodellen. Die Analyse hat insgesamt gezeigt, dass die Dienste und Leistungen in Richtung mehr zeitliche Flexibilität sowie eine individuell anpassbare und bedarfsorientierte Gestaltung weiterentwickelt werden sollten. Denn die Gestaltung von bedarfsgerechten Wohnmöglichkeiten kann nur gelingen „wenn alle am Sorgegeschehen Beteiligten – die Umsorgten [...] wie die Sorgenden, also die informell Pflegenden, aber auch die Mitarbeitenden als formelle Pflegenden – mehr direkten Einfluss auf die Gestaltung nehmen können“ (Wolf-Ostermann & Kremer-Preiß, 2022, 204).

Auch im Rahmen des Schlüsselthemas Fachkräfte und Ausbildung wurde insgesamt anerkannt, dass die neuen komplexen Gesellschaftsentwicklungen eine Fachkräfteaufstockung durch flexiblere Ausbildungsmöglichkeiten, bessere Arbeitsbedingungen und eine den Fähigkeiten und Leistungen entsprechende Entlohnung sowie Wertschätzung notwendig machen. Bessere Arbeitsbedingungen und -möglichkeiten sollten auch bei der Beschäftigung und Eingliederung der Betroffenen berücksichtigt werden, da dies erheblich zur sozialen Inklusion beitragen kann. So haben auch einige Studien gezeigt, dass die Arbeitsintegration von Migrant\*innen den wirtschaftlichen Nutzen maximieren und zugleich die negativen gesellschaftlichen Auswirkungen der Migration reduzieren könnte (Sarli, 2019). Auch wenn die Sicherstellung von genügend Fachkräften für die Präventionsarbeit im Landessozialplan 2030 nicht direkt angesprochen wurde, spielt sie als eine der dort beschriebenen 12 Leitlinien für die Weiterentwicklung des Sozialwesens in Südtirol eine relevante Rolle. Beispielsweise sollen Informations- und Weiterbildungsinitiativen sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Vorbereitung von Fachkräften auf Präventionstätigkeiten angeboten werden (Autonome Provinz Bozen, 2023).

Beim Thema Netzwerke und Zusammenarbeit spielt die vorgeschlagene Förderung der Einbeziehung und Mitsprache aller Akteur\*innen, vor allem der betroffenen Personen selbst, bei der strategischen Planung und operativen Durchführung aller Dienste und Leistungen im Sozialbereich eine zentrale Rolle. Wie im Rahmen der Onlinebefragungen vorgeschlagen, wird die Schaffung von mehr Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe auch geplant, was im Hinblick auf das Ziel einer Gemeinwesenentwicklung, einem Mit- und Füreinander zu sehen ist (Autonome Provinz Bozen, 2023). Die Förderung von interdisziplinärer Zusammenarbeit, in der die individuelle Expertise unterstützt und wertgeschätzt wird, „erleichtert das Erreichen von Zielen, die nicht erreicht werden können, wenn Fachleute alleine arbeiten“ (Di Masi, 2017, 51).

Was die Rolle des Dritten Sektors in der Südtiroler Sozialpolitik betrifft, so geht auch hier der Landessozialplan 2030 von den Wünschen und Forderungen der Befragten aus, freiwillig oder ehrenamtlich tätige Personen zu unterstützen sowie ihre Teilhabe durch Formen der gemeinsamen Planung und Programmierung zu fördern. Der Landessozialplan sieht außerdem die Einbeziehung aller sozialen Akteur\*innen und damit der Organisationen des Dritten Sektors in Bedarfsermittlung, Planung und Umsetzung aller Präventionsmaßnahmen vor. Laut Studien aus dem italienischen Sprachraum sollten Freiwilligenorganisationen als Treiber für Inklusion und sozialen Zusammenhalt gesehen und wertgeschätzt werden, da „Ethik und soziale Verantwortung“ (Lecce et al., 2021, 422) zentrale Kennzeichen ihres Selbstverständnisses sind. Zur Gewinnung und Unterstützung von Freiwilligen sind „Attraktion, Kompensation und Retention [d.h. Anziehungskraft von dauerhaftem oder wiederholtem Engagement] zentrale Herausforderungen für Organisationen, die für ihre Zielerreichung auf Freiwilligenarbeit angewiesen sind“ (Gmuer, 2010, 13).

Auf methodischer Ebene hat es die hier verwendete qualitative Inhaltsanalyse ermöglicht, die Perspektiven aller Beteiligten, d.h. der befragten Stakeholder als auch der Autonomen Provinz Bozen, systematisch und detailliert zu analysieren und somit angemessen zu berücksichtigen. Durch die schrittweise Definition der Kategorien sowie eine induktive und deduktive Anpassung des Kategoriensystems hat sich diese Methode als geeignet erwiesen, um die vielen verschiedenen Inhalte zu kategorisieren, flexibel zu überarbeiten und zu interpretieren. Weiterhin wurde durch die Strukturierung der Inhalte nach vier Schlüsselthemen die Analyse der von den Befragten vorgeschlagenen sowie den geplanten strategischen Maßnahmen auf wesentliche Unterschiede und Ähnlichkeiten konzentriert. Somit konnte genauer bestimmt werden, in welchem Ausmaß die partizipativ gewonnenen Vorschläge in der strategischen Planung berücksichtigt wurden.

Die aktuelle partizipative und integrierte Sozialplanung Südtirols hat Beteiligten und Betroffenen erlaubt, mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen am Gestaltungsprozess effektiv teilzunehmen, was die Wirksamkeit der Planungspraxis erhöht (Dittmann & Kehl, 2022). Die Voraussetzungen für ein die Bedürfnisse aller Stakeholder berücksichtigendes Sozialmanagement wurden im Landessozialplan festgelegt. Anhand der konkreten Umsetzung der dort vorgesehenen Ziele und Maßnahmen sowie der alltäglichen praktischen Durchführung wird sich in Zukunft nachvollziehen lassen, inwieweit sich die integrierte Planung tatsächlich auf die Entwicklung der Dienste und Leistungen und somit des Sozialwesens in Südtirol ausgewirkt hat.

## 5 Referenzen

- Autonome Provinz Bozen (2023). [https://issuu.com/landsuedtirol-provinciabolzano/docs/landessozialplan\\_2030?fr=sZWM4OTYyODExOTY](https://issuu.com/landsuedtirol-provinciabolzano/docs/landessozialplan_2030?fr=sZWM4OTYyODExOTY)
- Bartling, L., L. Czommer, S. Marx, T. Stegmann (2019). Grundlagen für eine integrierte und strategische Sozialplanung in der Kommune: Eine Arbeitshilfe für Kommunen und Träger (Arbeitspapier Nr. 1866-0401). Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH. <https://www.gib.nrw.de/service/downloaddatenbank/grundlagen-fuer-eine-integrierte-und-strategische-sozialplanung-in-der-kommune>
- Bernhart, J., P. Decarli, V. Moscon, K. Promberger, I. Simbrig (2023). Perspektiven für die Sozialpolitik in Südtirol: Ergebnisse und Empfehlungen aus der Praxis. Eurac Research: 1-109. <https://doi.org/10.57749/jcfg-t756>
- Beywl, W. (2009). Evaluationsmodelle und qualitative Methoden. In U. Flick (Hrsg.), Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung, Rowohlt: 104.
- Biernoth, M. (2016). Employer- und Behavioral Branding im Gesundheitswesen. Springer. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-12866-1\\_2](https://doi.org/10.1007/978-3-658-12866-1_2)
- Di Masi, D. (2017). Promuovere la collaborazione tra scuola e servizi sociali: un laboratorio per la co-progettazione. Rivista Italiana di Educazione Familiare, 2, 41-57. <https://doi.org/10.13128/RIEF-22392>
- Dittmann, J., K. Cartus (2019). Beteiligungsorientierte Sozialplanung. In I. Gottschalk (Hrsg.), VSOP Kursbuch Sozialplanung: Orientierung für Praxis und Wissenschaft, Springer: 113-122. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-25445-2>



- Dittmann, J., K. Kehl (2022). Vom Steuerungsmodell zum partizipativen Gestaltungsansatz – Sozialplanung im Wandel gesellschaftliche Ansprüche. In C. Gehrlach, M. von Bergen & K. Eiler (Hrsg.), *Zwischen gesellschaftlichem Auftrag und Wettbewerb: Sozialmanagement und Sozialwirtschaft in einem sich wandelnden Umfeld*, Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35381-0>
- Elo, S., H. Kyngäs (2008). The qualitative content analysis process. *Journal of advanced nursing*, 62(1), 107-115. <https://doi.org/10.1111/j.1365-2648.2007.04569.x>
- Evers, A. (2009). Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt – Ein anderer Blick und mögliche Konsequenzen. *Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft*, 23, 1-7. [https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_evers\\_091120.pdf](https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_evers_091120.pdf)
- Flick U. (2019). Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, Springer: 543-556. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0>
- Glatzer, W. (2007). Akzeptanz des Sozialstaats in der Bevölkerung. In Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Zukunft des Sozialstaats – Sozialpolitik, WISO-Diskurs: 22-41*. <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/05033.pdf>
- Gmuer, M. (2010). Herausforderungen und Lösungsperspektiven für das Freiwilligenmanagement (3. Aufl.). *Verbandsmanagement*. <https://www.vmi.ch/de/npo-wissen/npo-themen-app/herausforderungen-und-losungsperspektiven-fur-das-freiwilligenmanagement/>
- Governo Italiano Presidenza del Consiglio dei Ministri (2021). *Italia Domani – Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza*. <https://www.governo.it/sites/governo.it/files/PNRR.pdf>
- Graham, I.D., J. Logan, M.B. Harrison, S.E. Straus, J. Tetroe, W. Caswell, N. Robinson (2006). Lost in Knowledge Translation: Time for a Map? *The Journal of Continuing Education in the Health Professions*, 26, 13-24. <https://doi.org/10.1002/chp.47>
- Heintz, B. (2016). „Wir leben im Zeitalter der Vergleichen.“ *Perspektiven einer Soziologie des Vergleichs. Zeitschrift für Soziologie*, 39, 162–181. <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2015-1018>
- Heintz, B. (2021). Kategorisieren, Vergleichen, Bewerten und Quantifizieren im Spiegel sozialer Beobachtungsformate. *Köln Z Soziol*, 73, 5–47. <https://doi.org/10.1007/s11577-021-00741-3>
- Kuckartz, U., S. Rädiker (2019). Introduction: Analyzing Qualitative Data with Software. In U. Kuckartz & S. Rädiker (Hrsg.), *Analyzing Qualitative Data with MAXQDA*, Springer: 1-12. [https://doi.org/10.1007/978-3-030-15671-8\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-030-15671-8_1)
- Lecce, A., I. Viola, M. Sibilio (2021). Inclusion sociale e Terzo Settore: uno studio per valutare il livello di inclusione delle organizzazioni del Terzo Settore presenti sul territorio campano. *Nuova Secondaria Ricerca*, 3, 412- 424. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190264093.013.1282>
- Lüthy, A. T. Ehret (2014). Krankenhäuser als attraktive Arbeitgeber. *Mitarbeiterkultur erfolgreich entwickeln*. Kohlhammer.
- Mayring, P., T. Fenzl (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse*. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, Springer: 543-556.
- Mayring, P. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (13. Aufl.). Beltz.
- Morici, F. (2020). *La ricerca azione nella pianificazione e programmazione sociale: Un caso studio della Regione Piemonte*. Università degli Studi di Torino.
- Nutz, A., H. Schubert, H. Spieckermann, N. Winterhoff, J. Zinn (2019). *Sozialplanung in Kreisen: Evaluation der Einführung einer integrierten Sozialplanung in zwei Landkreisen in Nordrhein-Westfalen*. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung. <https://nbnresolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-66629-3>
- Priemer, J., A. Labigne, H. Krimmer (2015). *Wie finanzieren sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland?*. Körber-Stiftung. [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user\\_upload/ZiviZ\\_2015\\_Finanzierung\\_Zivilgesellschaft\\_lang.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/ZiviZ_2015_Finanzierung_Zivilgesellschaft_lang.pdf) (abgerufen am 24.01.2024)
- Rosenski, N. (2012). *Die wirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors*. Statistisches Bundesamt. <https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und->

- [Statistik/2012/03/wirtschaftliche-bedeutung-3-sektor-032012.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](#)  
(abgerufen am 24.01.2024).
- Sarli, A. (2019). L'inclusione socio-lavorativa dei rifugiati: il dinamismo della società civile. ISMU. <https://www.ismu.org/linclusione-socio-lavorativa-dei-rifugiati/> (abgerufen am 26.01.2024).
- Schmidhuber, M. (2020). Mehr-Generationen-Wohnen als Zukunftsmodell: Gemeinschaft und Fürsorge in vulnerablen Situationen – wider einsam – machende Lebensformen. LIMINA, 3(1), 145-165. <https://doi.org/10.25364/17.3:2020.1.7>
- Schneiders, K., A. Schönauer (2022). Fachkräftemangel in der Sozialwirtschaft: Empirische Befunde zu Ursachen und Handlungsbedarfen. In C. Gehrlach, M. von Bergen & K. Eiler (Hrsg), Zwischen gesellschaftlichem Auftrag und Wettbewerb: Sozialmanagement und Sozialwirtschaft in einem sich wandelnden Umfeld, Springer: 355-370.
- Schubert, H. (2018). Von der Altenhilfeplanung zur integrierten Sozialplanung im demografischen Wandel. In H. Schubert (Hrsg), Integrierte Sozialplanung für die Versorgung im Alter, Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21240-7>
- Selvi, A.F. (2020). Qualitative Content Analysis. In J. McKinley & H. Rose (Eds.), The Routledge Handbook of Research Methods in Applied Linguistics (1st ed.), Routledge: 440-452. <https://doi.org/10.4324/9780367824471>
- Spiess, E. (1994). Aktionsforschung. In L. von Rosenstiel, C. Hockel & W. Molt, Handbuch der Angewandten Psychologie. Landsberg am Lech: ecomed-Storck.
- Stocker, S. (2019). Aufbau altersfreundlicher Quartierstrukturen in der Stadt Schaffhausen. In H. Schubert (Hrsg), Integrierte Sozialplanung für die Versorgung im Alter, Springer. <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-21240-7>
- Strauss, A., J. Corbin (1996). Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Beltz.
- Taschewski, N. (2004). Sozialpolitische Ziele. GRIN Verlag. <https://www.grin.com/document/37632>
- von Unger, H. (2014). Partizipative Forschung: Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01290-8>
- Wolf-Ostermann, K., U. Kremer-Preiß (2022). Neue Wohnformen – ein Königsweg für die „Junge Pflege“ ?. In K. Jacobs et al. (Hrsg.), Pflege-Report, Springer: 198-206. [https://doi.org/10.1007/978-3-662-65204-6\\_13](https://doi.org/10.1007/978-3-662-65204-6_13)